

Inhalt:

Das N-Wort in der
Öffentlichkeit, Seite 1

Zu den Berliner
Brandanschlägen,
Seite 2

Der Landesaktions-
plan gegen Rassis-
mus und ethnische
Diskriminierung als
Wahlkampfthema,
Seite 4

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e.V.

Das N-Wort in der Öffentlichkeit

Am 03. Mai. 2011 schickte der MRBB einen öffentlichen Brief an die taz. Dabei handelte es sich um eine Beschwerde wegen einer Glosse vom 19. April 2011, wo das „N-Wort“ verwendet wurde. Unterzeichner_innen waren unter anderem die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland und das Antidiskriminierungsnetzwerk des Türkischen Bundes.

Der besagte Artikel ist nur ein Beispiel für den verantwortungslosen Umgang mit rassistischer Sprache.

Die Psychoanalytikerin Grada Kilomba hat sich in ihrem Buch „Plantation Memories“ der Bedeutung und dem Kontext des „N-Wortes“ gewidmet.

Über die Schwierigkeit das „N-Wort“ zu benutzen, selbst in einem kritischen Kontext – was im Fall der taz und in vielen anderen Fällen nicht der Fall war – schreibt sie:

„Als ich diesen Text schrieb, musste ich zunächst überlegen, wie ich das N-Wort benutzen kann, denn das Wort ist schmerzhaft. Wenn ich in diesem Artikel statt des Euphemismus ‘N-Wort’, den Begriff ‘N.’ ausschreibe, dann, um ihn zu dekonstruieren. Das ist eine für mich schwierige Entscheidung, verletzend sogar, denn das N-Wort ist kein neutrales Wort, es ist ein *weißes* Konzept – ein Begriff, der mich in eine koloniale Ordnung festschreibt. Der Begriff ‘N.’ soll alle südlich der Sahara lebenden AfrikanerInnen kategorisieren und wurde während der *europäischen Expansion* erfunden.

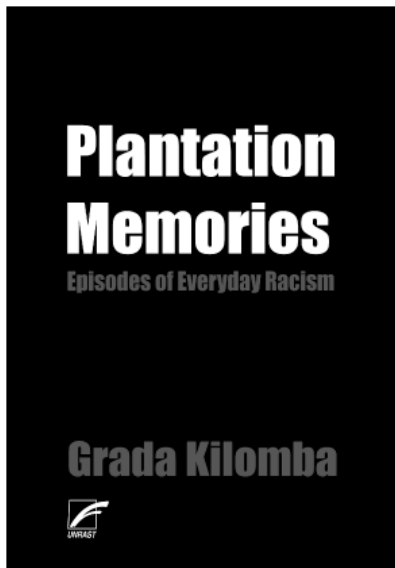
Das N-Wort ist also in der Geschichte der Versklavung und Kolonisierung situiert, d.h. es ist ein Begriff, welcher mit Brutalität, Verwundung und Schmerz einhergeht. Diese Erfahrungen werden in der Psychoanalyse als Trauma definiert.“

In deutschen Medien gehört das Wort nach wie vor zum Alltag, im Online-Archiv der taz ergab die Suche nach dem Wort 76 Treffer.

„Das N-Wort bzw. Rassismus wird aber selten als Trauma wahrgenommen und benannt. Diese Absenz der Benennung liegt daran, dass die Geschichte der rassistischen Unterdrückung und ihre psychologische Auswirkung innerhalb des westlichen Diskurses bisher vernachlässigt wurde.

Schwarze Menschen und *People of Color* sind damit jedoch tagtäglich konfrontiert. Wir müssen nicht nur auf einer individuellen Ebene, sondern auch auf einer historischen und kollektiven Ebene, mit den Traumata des Kolonialismus umgehen, da Alltagsrassismus eine Reinszenierung kolonialer Szenen ist, die uns Diskurse der Unterlegenheit und Entfremdung aufzwingt.“

Diese Verwendung des N-Worts hat durchaus eine gesellschaftliche Funktion. Dabei geht es nicht darum, dass diejenigen, die es benutzen, intentional handeln, sondern darum, dass sie damit Strukturen von Macht und Ohnmacht



Grada Kilomba,
Plantation Memories
Episodes of Everyday Racism,
 Unrast Verlag, Münster

ISBN: 978-3-89771-485-4

reproduzieren, sie bedienen die rassistische Matrix:

„Ursprünglich kommt das N-Wort aus dem Lateinischen als Bezeichnung für die Farbe Schwarz: *niger*. Am Ende des 18. Jh. war jedoch das N-Wort bereits ein abwertender Begriff mit verletzendem Charakter, der durchaus strategisch genutzt wurde, um das Gefühl von Verlust, Minderwertigkeit und die Unterwerfung unter *weiße* Koloniale Herrschaft zu implementieren. Also wenn 'N.' gesagt wird, wird nicht nur über die (Haut-) Farbe 'Schwarz' gesprochen, sondern auch über: Animalität – Primitivität – Unwissenheit – Chaos – Faulheit – Schmutz. Diese Reihe von Entsprechungen charakterisiert Rassismus. Wir werden als die Verkörperung jeder dieser Bezeichnungen angesehen, keineswegs, weil sie in unseren Körper eingeschrieben sind oder wirklich und real wären, sondern vielmehr, weil Rassismus diskursiv ist.

Rassismus ist nicht biologisch, er funktioniert durch Diskurse, durch Worte und durch eine Reihe von Entsprechungen, welche Identitäten aufrechterhalten. 'N.' zu sein ist also nie nur 'Schwarze' zu

sein, sondern auch allen anderen Analogien, die der Funktion des Begriffs entsprechen.“

(...)

„Diese Beschimpfung ist wie eine *mise-en-scène*, wo *weiße* zu symbolischen HerrscherInnen und Schwarze durch Demütigung, Verletzung und Ausgrenzung zu figurativen Sklaven degradiert werden. Es gibt eine Schande-Stolz Dynamik in dieser kolonialen Beziehung: Während die Schwarze Frau erniedrigt und beleidigt wird, hat das *weiße* Subjekt die Möglichkeit, Ehre und Macht zu entwickeln, was jedoch nur durch die direkte Degradierung der Ersteren ermöglicht wird.“

(...)

„Die benachteiligte Position der einen sichert die Machtposition der anderen.“

Ein längerer Auszug aus dem Essay kann Online gelesen werden:

<http://www.gradakilomba.com/nword.htm>

In dem Buch beschäftigt sich Grada Kilomba in 28 Geschichten mit dem Alltagsrassismus in Deutschland.

Der Mangel an öffentlicher Debatte: Die Berliner Brandanschläge auf Moscheen jähren sich

Vor einem Jahr begann eine Serie von Brandanschlägen auf Berliner Moscheen. Insgesamt kam es zu sieben Fällen. Vier Anschläge auf die Sehlik-Moschee auf dem Columbia Damm – die größte Moschee Berlins: Am 16. Juni, am 01. und 10. August sowie am 19. November. Die Al-Nur-Moschee in der Haberstraße in Neukölln wurde in der Nacht zum 28. November zum Tatort. Der Angriff vom 9. Dezember 2010 richtete sich gegen die „Islamische Kultur-gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e.V.“ In der Nacht zum 8. Januar 2011 wurde in Wilmersdorf auf eine der ältesten Moscheen in Deutsch-

land ein Anschlag verübt: auf das Gebäude der Ahmadiyya-Gemeinde aus den zwanziger Jahren.

Laut einem taz Artikel vom 09. Januar 2011 ist es unwahrscheinlich, dass eine verfeindete muslimische Gruppe verantwortlich für die Brandstiftung ist, weil es sich um verschiedene muslimische Richtungen handele. So sei die Ahmadiyya-Gemeinde in bestimmten muslimischen Ländern nicht anerkannt und werde teilweise verfolgt. Die Sehlik-Moschee gehöre dem Dachverband Ditib an, der enge Verbindungen in die Türkei hege.

Am 21. Januar wurde ein dreißigjähriger Mann festgenommen, der sich in einem Verhör zu den Anschlägen bekannt habe. Laut Ermittler, so die Frankfurter Rundschau, käme der Mann in der Tat mindestens für vier von sieben Brandstiftungen in Frage. Angaben zu einem Tatmotiv blieben aus.

Auffällig ist, dass die öffentliche Debatte in Berlin spätestens seit dem Interview mit Sarrazin im Kulturmagazin *Lette International* im September 2009 von der Frage beherrscht wurde, ob muslimische Menschen aus Deutschland nicht ausschließlich eine Belastung für das Land seien: Sarrazin machte mithilfe einer umfangreichen PR-Kampagne altbekannte Rassismuskurse, die zwischen Biologismen und Kulturassimilation variieren, zum Thema der Nation. Trotz des abgedroschenen Inhalts nahm die Öffentlichkeit die neu aufgelegten, alten Thesen als (notwendigen) Tabubruch auf. Sarrazins Aussagen über die 'Unfähigkeit' (Biologismus) und 'Unwilligkeit' (Kulturassimilation) zur 'Integration' von Muslimen sind einige Beispiele dafür, wie die erneute Verschränkung nationalistischer Debatten strukturpolitisch salonfähig wurde und nicht mehr entschuldigt werden muss.

Ein Jahr nach den ersten Brandanschlägen gibt es noch immer keine Debatte über die Tatmotive und eventuelle Zusammenhänge mit dem Diskurs über Muslime in Deutschland. Auch bei den Anschlägen auf Wohnungen von Muslimen in Berlin wurde in Medien und Politik kaum danach gefragt, ob es vielleicht eine politische Kategorisierung dieser Taten ge-

ben müsse. Spätestens als herauskam, dass Kinderwagen in den Hausfluren angezündet wurden, hätte das Anlass genug sein müssen, zu überdenken, ob die Art wie über die „Geburtenrate“ bestimmter Bevölkerungsgruppen diskutiert wurde, die richtige war – ganz gleich, ob die Brandanschläge politisch motiviert waren oder nicht.

Eine solche Debatte würde die Frage danach implizieren, was in der Öffentlichkeit, in Politik und Medien eine gewisse, stillschweigende, und letztendlich gefährliche Legitimität findet – für die Mitte der Gesellschaft sicherlich eine unbequeme Frage: Anschläge auf Einrichtungen von Minderheiten könnten nicht mehr als bedeutungslose Einzelfälle abgetan werden, die Verantwortung wäre fortan nicht allein bei Extremist_innen außerhalb der politischen Mitte zu suchen.

Der Schriftsteller Umberto Eco warnt nicht ohne Grund vor dem Extremismus der Mitte: „In unserer Zeit (...) wird der Faschismus von morgen sein Publikum in dieser neuen Mehrheit finden“ – in der „Mittelklasse“. Im Umkehrschluss bedeutet das: eine Demokratie, deren gesellschaftliche Mitte nicht dazu bereit ist, sich ihrer Verantwortung zu stellen, läuft Gefahr zu kippen. Eine kritische Debatte über den Zusammenhang von öffentlichen Diskursen und Gewalt könnte eine Facette neuer Mündigkeit sein – ein Zeichen dafür, dass die gesellschaftliche Mitte Verantwortung übernehmen möchte und deshalb beginnt, sich mit ihrem eigenen Extremismus auseinander zu setzen.

du



Foto: Walid Shubit

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB e.V.

Redaktion:
Deniz Utlu (du),
Elena Brandalise (eb),
Fakra Fatnassi (ff),
Angelina Weinbender (aw),
Claudia Hahn (ch),
Pavao Hudik (ph)

Texte können verwendet und vielfältig werden, sofern die Quelle angegeben ist.

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant_innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator_innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

www.mrbb.de

Der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung als Wahlkampfthema

Seit 2007 steht der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) auf der politischen Agenda Berlins. Damit kommt Berlin zahlreichen internationalen Verpflichtungen Deutschlands nach, dem Rassismus und der ethnischen Diskriminierung im eigenen Land zu begegnen. Berlin ist das erste Bundesland das diesen Verpflichtungen zum Abbau institutionellen Rassismus nachkommt. Die Erfolge, die damit erzielt werden, sollen anderen Bundesländern als Vorbild dienen.

Institutioneller Rassismus beschreibt dabei das kollektive Versagen der unterschiedlichen Behörden, Organisationen und Unternehmen einer Gesellschaft angemessene Versorgung und ausreichende Dienstleistungen für Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Kultur/Religion oder ethnischen Herkunft anzubieten. Damit liegt es in der Verantwortung der Berliner Politik einen spürbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von People of Color (PoC) in Berlin und deutschlandweit zu leisten.

2010 hat die Berliner Zivilgesellschaft of Color hierfür über 380 Empfehlungen formuliert, die jedoch in der überwiegenden Mehrheit in dem vom Senat im März 2011 beschlossenen LAPgR unberücksichtigt blieben. Auf Antrag des MRBB wurde daher im Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen entschieden, dass es zwischen der Zivilgesellschaft und den Berliner Senatsverwaltungen weitere Verhandlungen zum LAPgR geben soll. Der Handlungswille, den die Senatsverwaltungen bei den Verhandlungen und bei der Umsetzung des LAPgR unter Beweis stellen werden, ist abhängig vom politischen Handlungswillen der regierenden Parteien. Auch und vor allem weil die Frage der Finanzierung des LAPgR immer noch ungeklärt ist.

Aus diesen Gründen hat sich der MRBB dazu entschieden, den LAPgR zum Wahlkampfthema zu erheben. Hierfür werden einige der bei der zweiten zivilgesellschaftlichen Fachtagung vorgenommenen Priorisierungen der Empfehlungen zum LAPgR zu Wahlprüfsteinen umformuliert und den Parteien zur Beantwortung vorgelegt. Damit räumt der MRBB den zur Wahl stehenden Parteien die Möglichkeit ein, darzustellen welchen Beitrag sie zur gleichberechtigten politischen und sozialen Partizipation von PoC leisten möchten. People of Color bilden in Zukunft – wie der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening folgerichtig festgestellt hat – die neue Mehrheit in Berlin. Auch wenn bislang nur ca. die Hälfte der PoC das Privileg einer Wahlstimme genießt, sollten die antretenden Parteien sich stets vor Augen halten, dass die Zukunft Berlins in unseren Köpfen und Händen liegt. *aw*